

'KLARER KURS IN HESSEN'

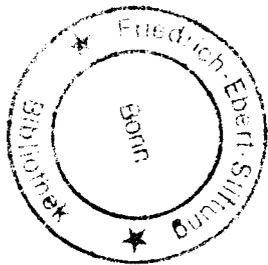
FORTSCHRITT UND SICHERHEIT
IN SOZIALER VERANTWORTUNG

Hessenprogramm

A 97 - 04651

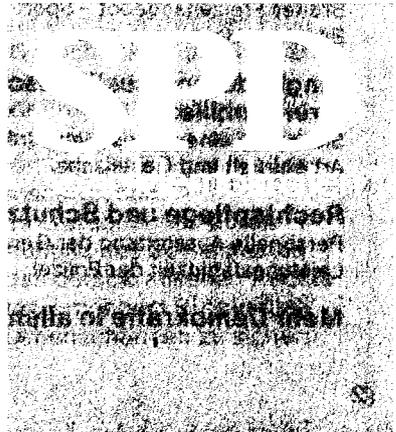
'KLARER KURS IN HESSEN'

FORTSCHRITT UND SICHERHEIT
IN SOZIALER VERANTWORTUNG



Hessenprogramm

A 97 - 04651



Den Vorsprung in die Zukunft tragen	3
Hessische Spitzenposition – SPD, die linke Volkspartei – Lebensqualität mehr als Lebensstandard	
Die Sicherheit der Arbeitsplätze hat Vorrang	5
Gesicherte Arbeitsplätze und Schaffung neuer Arbeitsplätze – Humanisierung der Arbeitswelt – Mitbestimmung – Energiesicherung	
Agrarpolitik als Gesellschaftspolitik	6
Versorgung der Bevölkerung – Einkommensentwicklung	
Sozialer Fortschritt durch Bildungsgerechtigkeit	7
Grundschulreform – Integrierte Gesamtschule – Schulreform und Rahmenrichtlinien – Berufliche Bildung ist gleichrangig	
Mehr Chancen für die Frauen	8
Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, am Arbeitsplatz, in der Familie	
Für eine kinderfreundliche Gesellschaft	9
Kinderkrippen – Kindergärten – Spielplätze – Kindergemäße Wohnungen	
Für die Zukunft unserer Jugend	9
Jugendfürsorge – Jugendpflege – Jugendzentren und -clubs	
Fortschrittliche Gesundheitspolitik	10
Vorsorgeprogramme – Reformmodell „Hessenklinik“	
Die Lebensbedingungen der älteren Menschen verbessern	12
Altengerechte Wohnungen und Heime – Stätten der Begegnung – Altersgemäße Lebensformen entwickeln	
Unsere Umwelt schützen	12
Verursacherprinzip verwirklichen – Gefahrlose Müllbeseitigung – Schutz der Gewässer und der Luft – Intensive Umweltforschung	
Angemessene Wohnungen – besserer Mieterschutz	13
Preiswerte Wohnungen für Kinderreiche, Behinderte, alte Menschen	
Freizeit ist mehr als freie Zeit	14
Breites Freizeitangebot – Sport-, Spiel- und Erholungsanlagen – Bildungsurlaub	
Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien	15
Sicherung eines menschenwürdigen Lebens – Eingliederung in Arbeitswelt und Gesellschaft	
Rechtspflege und Schutz des Bürgers vor Kriminalität	15
Personelle Ausstattung der Gerichte verbessern – Leistungsfähigkeit der Polizei	
Mehr Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen	16

Die hessischen Bürger wählen am 27. Oktober 1974 ihren 8. Landtag. Sie entscheiden damit, ob Hessen auch in der neuen Legislaturperiode unter der bewährten Führung der Sozialdemokraten bleiben soll.

Unser Land hat während der Regierungszeit der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Christian Stock, Georg-August Zinn und Albert Osswald eine Spitzenposition unter den Bundesländern errungen. Ob in wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Hinsicht, Hessen war den anderen Bundesländern immer einen Schritt voraus. Dieser Vorsprung ist erreicht worden, obwohl andere Parteien die vorausschauende Politik der Sozialdemokraten zunächst bekämpft haben und ihr nachher nur widerwillig gefolgt sind.

Beispiele weitsichtiger Planung sind

- die Landschulreform mit der Beseitigung der Zwergschule,
- die soziale und kulturelle Auf-
rüstung des Dorfes,
- das Rot-Weiße Sportförde-
rungsprogramm,
- der Hessen-Jugendplan,
- der Sozialplan für alte Men-
schen,
- der wirtschaftliche Auf-
schwung und die Sicherung
der Arbeitsplätze.

Diese auf soziale Gerech-
tigkeit und Chancengleichheit
angelegte Politik war nur mög-
lich, weil eine aufgeschlossene
Bevölkerung bereit war, Neuland
zu betreten. Während andere
Parteien aufgrund ihrer konser-

vativen Grundhaltung sich im-
mer nur in ausgefahrenen Glei-
sen bewegten, haben die hessi-
schen Sozialdemokraten den
Mut zum gesellschaftspoliti-
schen Fortschritt gezeigt. Mit
ihren auf Augenmaß gegründe-
ten Anstrengungen, das Mögli-
che zu verwirklichen, wurde
eine Kontinuität hessischer Re-
formpolitik geschaffen, die auch
in Zukunft unter den veränderten
Bedingungen auf der Grund-
lage des Landesentwicklungs-
plans Hessen '80 fortgeführt
werden muß. Soziale und wirt-
schaftliche Sicherheit sind nicht
ein für allemal gewährleistet,
sondern müssen ständig be-
hauptet und ausgebaut werden.

Die hessische SPD setzt
sich dafür ein, daß durch konse-
quente Fortsetzung der
Friedenspolitik ein Beitrag auch
zur verbesserten Finanzierung
einer Politik der inneren Reformen
geleistet wird.

Wir Sozialdemokraten
verstehen uns als linke Volks-
partei, die die Interessen der
großen Mehrheit der Bevölke-
rung vertritt. Im Mittelpunkt
unserer Politik steht der
Mensch, dessen Lebens- und
Arbeitsbedingungen wir Schritt
für Schritt weiter verbessern
wollen. Dabei orientieren wir
uns an den Prinzipien des Go-
desberger Programms der SPD,
das auf den Grundwerten Frei-
heit, Gerechtigkeit und Solidari-
tät beruht. Unsere Politik will

- mehr Freiheit durch gleichbe-
rechtigte Mitwirkung und Mitver-
antwortung der Bürger in allen
Lebensbereichen,
- mehr Gerechtigkeit durch
den Ausbau des Sozialstaates
und des demokratischen Rechts-
staates, um jedem Bürger glei-
che Lebenschancen zu sichern,

– mehr Solidarität durch die aus der gemeinsamen Interessenlage der großen Mehrheit unseres Volkes erwachsene gegenseitige Verantwortlichkeit und durch wirksame Hilfen vor allem für diejenigen, die durch das oft brutale „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ an den Rand der Wohlstandsgesellschaft gedrückt werden.

Richtschnur unserer Politik ist die Verbesserung der Lebensqualität in allen Teilen unseres Landes. Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard. Wirtschaftliches Wachstum bejahen und fördern wir überall dort, wo es den Wohlstand des einzelnen und der Gesellschaft erhöht, die Freiheitsräume des Bürgers erweitert und mit einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung verbunden ist. Wirtschaftliches Wachstum darf aber nicht durch Raubbau an Mensch und Natur erkauft werden.

Das erfordert Instrumente für eine Politik, die Einflußnahmen auf Produktion und Investitionen gestattet in all den Bereichen, in denen Wirtschaftswachstum zum Schaden der Bevölkerung erfolgt.

In der vergangenen Legislaturperiode sind wichtige Reformvorhaben der SPD am Widerstand der F.D.P. gescheitert. Beispiele hierfür sind die Ausweitung der Mitbestimmung im Bereich der Sparkassen, der kommunalen Eigenbetriebe und im Krankenhaus, weiterhin die Sicherung der inneren Pressefreiheit, die Reform der Juristenausbildung und die Demokratisierung der Richterwahl. Statt des von der SPD geforderten zweiwöchigen Bildungsurlaubs für junge Arbeitnehmer

konnte nur eine Woche verwirklicht werden.

Auch deshalb kämpft die SPD um ein deutliches Vertrauensvotum für ihre Politik.

Je stärker die SPD ist, um so konsequenter kann Reformpolitik für die Menschen verwirklicht werden. Mit einer klaren Mehrheit und mit der Unterstützung der Bürger, die an einer konsequenten Reformpolitik interessiert sind, werden wir langfristig auch den undemokratischen Einfluß mächtiger Wirtschaftsgruppen zurückdrängen können.

In einer auf den Gesetzen des freien Marktes beruhenden Wirtschaft ist die Sicherheit der wirtschaftlichen Existenz des einzelnen ständig gefährdet. Jeder Bürger muß deshalb darauf vertrauen können, daß seine eigenen Anstrengungen durch die solidarische Hilfe der Gesellschaft wirkungsvoll ergänzt werden. Unser Ziel ist die materielle Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben jedes Bürgers. Das erfordert

- eine auf Arbeitsplatzsicherung gerichtete Konjunktur- und Strukturpolitik; unsere entschlossenen Bemühungen um stabile Preise dürfen also nicht zu einer Gefährdung der Arbeitsplätze führen,
- die Schaffung neuer und qualifizierter Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Gebieten auf der Grundlage einer gezielten Industriegebietplanung; sie soll zugleich das wirtschaftliche Gefälle, insbesondere zwischen dem Ballungsraum im Süden des Landes und Nordhessen weiter abbauen,
- die Erhaltung und Sicherung der Existenz der Selbständigen durch die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vor allem in den Landesteilen mit geringer Bevölkerungsdichte,
- eine verbesserte Berufsbildung und Ausbildungsförderung zum Erwerb und zur Erhaltung beruflicher Qualifikationen,
- berufliche Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme zur erleichterten Anpassung an den Strukturwandel und
- Programme zum Wiederer-

werb beruflicher Fähigkeiten nach Unfällen und Krankheiten.

Die weitere Schaffung krisensicherer Arbeitsplätze in allen Regionen ist nur durch konsequente Schwerpunktbildung möglich. Die Schwerpunkte müssen mit attraktiven öffentlichen Einrichtungen und mit Dienstleistungen ausgestattet sein, deren Auslastung durch einen entsprechend großen Einzugsbereich gesichert ist.

Sichere Arbeitsplätze müssen menschenwürdige Arbeitsplätze sein. Deshalb muß die Humanisierung der Arbeitswelt vorangetrieben werden. Der Verbesserung des Jugend- und Frauenarbeitsschutzes sowie der beruflichen Existenz der vom Arbeitsplatzrisiko besonders betroffenen älteren Arbeitnehmer kommt dabei zentrale Bedeutung zu. Dem Arbeitnehmer muß die Mitbestimmung am Arbeitsplatz eingeräumt werden. Wir werden uns weiterhin für die volle paritätische Mitbestimmung in den großen Unternehmen und für eine verstärkte Arbeitnehmerbeteiligung in überbetrieblichen Wirtschaftsgremien einsetzen. Die sozialen Folgen der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung müssen durch eine gesellschaftsbezogene Forschung kontrollierbarer werden.

Um vor allem im Berufsverkehr Kosten, Zeit und Verkehrsfläche zu sparen und die Menschen vor Lärm und Luftverschmutzung zu schützen, muß der Auf- und Ausbau leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehrssysteme verstärkt werden. Das darf nicht zur Vernachlässigung des Straßenbaus in den dünner besiedelten Regionen des Landes führen, weil hier der private

Pkw gerade für den Weg zur Arbeitsstelle unentbehrlich ist. Überall dort aber, wo der öffentliche Nahverkehr und der Individualverkehr miteinander konkurrieren, ist den Interessen des öffentlichen Nahverkehrs eindeutig der Vorrang einzuräumen.

Die Sicherung einer ausreichenden und preiswerten Energieversorgung ist eine wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung unseres Landes. Wir werden diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit dem Bund und der Energieversorgungswirtschaft lösen durch:

- Standortvorsorge für Kraftwerke und Raffinerien,
- verstärkte Bereitstellung von umweltfreundlichem Erdgas,
- Förderung der Erforschung und Anwendung neuer energiesparender und energiegegewinnender Technologien.

Änderung des ländlichen Raums

Der ländliche Raum ist Standort für die Produktion landwirtschaftlicher Güter. Er ist aber auch Lebensraum für alle Menschen, die in ihm arbeiten, wohnen und Erholung suchen. Zudem hat er bedeutende Ausgleichsfunktionen gegenüber den Verdichtungsräumen zu erfüllen.

Die Landwirtschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird in Hessen daher auch in Zukunft drei Ziele verfolgen:

- Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsgütern und Forstprodukten,
- gleichrangige Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung,
- Erhaltung und Entwicklung der Leistungs- und Nutzungsfähigkeit der Kulturlandschaft zur Verbesserung der Lebensqualität.

Gezielte agrarpolitische Förderung und Maßnahmen zur Landschaftspflege werden gewährleisten, daß die Landwirtschaft in allen Landesteilen ihre für die Gesellschaft so wichtigen Aufgaben erfüllen kann.

Die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen werden heute und in der Zukunft in besonderem Maße durch die Bildungsmöglichkeiten bestimmt, die ihm unsere Gesellschaft einräumt. Deshalb muß jeder unabhängig von seiner sozialen Herkunft die gleiche Chance zur Bildung erhalten.

Die Verwirklichung von mehr Freiheit und mehr Demokratie hängt von der Entwicklung eines differenzierten Bildungssystems ab, das Allgemeinbildung, Berufsbildung und wissenschaftliche Ausbildung von der vorschulischen Erziehung bis zur Hochschulbildung ebenso umfaßt wie ein System der Aus- und Weiterbildung derjenigen, die bereits im Erwerbsleben stehen.

Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der bisherigen praktischen Erfahrungen sowie der Ergebnisse der Wissenschaft werden wir die hessische Bildungspolitik in den nächsten vier Jahren fortführen.

Das bedeutet vor allem

- Fortsetzung des Vorschulprogramms und der Grundschulreform,
- weiterer Ausbau der integrierten Gesamtschule mit dem Ziel der Neuordnung des Bildungswesens nach Stufen,
- Fortsetzung der inhaltlichen Schulreform und Entwicklung von Lernzielen, die auf Selbst- und Mitbestimmung angelegt sind, durch Rahmenrichtlinien für alle Schulstufen.

Viele bereits in der Vergangenheit eingeleitete Reformen des Schulwesens konnten nur deshalb nicht voll wirksam werden, weil vor allem in der Grundstufe nicht genügend Lehrer vorhanden waren.

Die Klassen müssen kleiner werden, damit die Schulen den einzelnen bestmöglich fördern und individuelle Lernschwierigkeiten beheben kann.

Im Schuljahr 1970/71 waren in Hessen 33 500 Lehrer hauptamtlich tätig. Im Schuljahr 1978/79 wird die Zahl der Lehrer auf 40 500 gestiegen sein.

In den nächsten Jahren muß der beruflichen Bildung Vorrang eingeräumt werden. Unser Ziel ist es, die berufliche Bildung zu einer gleichrangigen und gleichwertigen Alternative innerhalb des allgemeinen Bildungssystems zu machen.

In der beruflichen Bildung müssen alle Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, die Zersplitterung der Zuständigkeiten im Verwaltungsbereich und die Nachteile der Aufspaltung in betriebliche und schulische Ausbildung durch die Integration berufs- und studienbezogener Ausbildungsgänge in einer gemeinsamen Oberstufe zu beseitigen.

Vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- die Gleichstellung der Berufsschulen mit den weiterführenden Schulen,
- Verbesserung des beruflichen Schulwesens durch den weiteren Abbau des Lehrermangels; bis 1978 soll allen Berufsschülern 12 Wochenstunden schulischen Unterrichts ermöglicht werden,
- inhaltliche und organisatorische Neuordnung des Berufs-

schulunterrichts nach dem Prinzip von Grund- und Fachstufen,
– verstärkte Einrichtung des Berufsgrundschuljahres,
– intensive Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und Ausbildungsmaßnahmen, vor allem in den strukturschwachen Gebieten,
– die Verbesserung der öffentlichen Kontrolle der Ausbildungsbetriebe und
– die wirksame Mitbestimmung aller an der Berufsausbildung Beteiligten.

Die fortschrittlichen Ansätze der hessischen Hochschulpolitik müssen weiterentwickelt werden. Unsere Anstrengungen bei der Vermehrung der Studienplätze werden wir fortsetzen, bevorzugt im Fachbereich mit gesellschaftlichem Bedarf.

Zur Bildungsgerechtigkeit gehört es, die Möglichkeiten der Weiterbildung für Erwachsene zu verbessern. Wir werden insbesondere die Volkshochschulen und öffentlichen Büchereien weiter ausbauen und uns für den Bildungsurlaub aller Arbeitnehmer einsetzen.

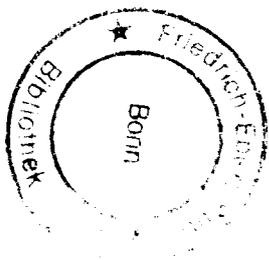
Die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist immer noch nicht zu sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Wirklichkeit geworden. Wir werden deshalb eintreten für
– Chancengleichheit von Jungen und Mädchen in Bildung und Ausbildung,
– Erweiterung der Teilzeitarbeit für Frauen und Männer,
– gerechte Entlohnung der Frauen in der Arbeitswelt,
– Entlastung der Familie in besonderen Situationen durch Beratungsdienste und gezielte Hilfsmaßnahmen,
– Realisierung einer wirklichen Gleichberechtigung (§ 218, Ehe- und Familienrecht, längerer Schwangerschaftsurlaub, Babyjahr, eigenständige Rentenabsicherung, Besserstellung allein-stehender Mütter).

Die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hat wenig Platz für Kinder

Die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hat wenig Platz für Kinder. Sie ist einseitig auf die Interessen der Erwachsenen ausgerichtet, die im Berufsleben stehen.

Unser Programm geht von Einzelmaßnahmen aus, will jedoch eine Tendenzwende zu einer insgesamt kinderfreundlichen Gesellschaft erreichen. Wir werden den Bau von Kindergärten, insbesondere in den ländlichen Gebieten, auch in Zukunft gezielt fördern und den Bewegungsraum der Kinder und Jugendlichen in den Städten und Ballungsgebieten durch den Ausbau von Spielplätzen und Spielstraßen erweitern. Ebenso wollen wir uns verstärkt der Kinderkrippen und -horte sowie der Heimerziehung und der Erziehungsberatung annehmen. Behinderte Kinder werden wir besonders fördern.

Schließlich ist es unser Ziel, die Wohnungsbau- und Förderungsprogramme für junge und kinderreiche Familien zu erweitern und Modellversuche für kindergemäße Wohnungen im sozialen Wohnungsbau durchzuführen.



Für die Zukunft unserer Jugend

Mit den Gesetzen über den Bildungsurlaub für Jugendliche und Jugendbildungsförderung hat die hessische SPD einen bundesweit beachteten Markstein in der Jugendpolitik gesetzt. Wir werden eine Politik fortsetzen, die den Lebensinteressen der Jugendlichen dient und ihre Entwicklung zu demokratischen Bürgern in unserem Lande fördert.

Die individuellen Hilfen (Jugendfürsorge) wie auch die allgemeine Jugendförderung (Jugendpflege) sollen die Fähigkeit junger Menschen fördern, ihre gesellschaftliche Situation zu erkennen und ihre Rechte wahrzunehmen. Sie sollen ihr individuelles und soziales Leben sinnvoll gestalten und aktiv in Wirtschaft, Politik und Kultur tätig werden können.

Wir werden den Auftrag der „Jugendhilfe“ präzisieren und sie leistungsfähiger für junge Menschen machen, die besonderer Hilfe bedürfen. Dies gilt insbesondere für Jugendliche aus gesellschaftlichen Randgruppen wie Obdachlose, Spätaussiedler und ausländische Arbeitnehmer.

Der Umfang des Alkohol- und Drogenmißbrauchs unter jungen Menschen erfordert besondere vorbeugende und heilende Hilfen. Vorbeugung muß in erster Linie in sozialer und politischer Bildungsarbeit bestehen, die auch die gesellschaftlichen Ursachen für Drogenmißbrauch erkennbar werden läßt. Die therapeutischen Hilfen müssen ausgebaut, finanziell abgesichert und koordiniert werden.

Im Bereich der Fürsorge-
erziehung und der freiwilligen
Erziehungshilfe sind die offenen
und halboffenen Formen (zum
Beispiel Erziehungsbeistände,
soziale Gruppenarbeit, Erzie-
hungsstelle) besonders zu för-
dern. Sie haben Vorrang vor
der Heimerziehung. Die Heimer-
ziehung muß personell und or-
ganisatorisch eine andere
Qualität erhalten.

Sozialdemokratische Ju-
gendpolitik wird vor allem sol-
che Jugendzentren und Jugend-
clubs fördern, die den Jugendli-
chen mehr Mitwirkung, mehr
Selbstorganisation, Selbstge-
staltung und Selbstverwaltung
gewährleisten. Diese Förderung
erstreckt sich auf finanzielle,
beratende und politische Unter-
stützung. Wir werden insbeson-
dere dafür eintreten, daß die
Leistungen der Jugendför-
derung auch in den kleineren
Gemeinden verstärkt werden.

Der Fortschritt der Medi-
zin muß allen Bürgern gleicher-
maßen zugute kommen. Jeder
hat Anspruch auf Erhaltung
und bestmögliche Wiederher-
stellung seiner Gesundheit. Die-
ser Anspruch darf zeitlich nicht
begrenzt sein. Er besteht ohne
Rücksicht auf die sozialen Ver-
hältnisse und die finanzielle
Leistungsfähigkeit des Betroffe-
nen.

Ein großer Teil der heuti-
gen Krankheiten ist durch die
technische und gesellschaftli-
che Entwicklung bedingt. Des-
halb muß man einer fortschrittli-
chen Gesundheitspolitik
neben der Entwicklung moder-
ner Behandlungs- und Rehabili-
tationsmethoden vor allem der
Bekämpfung der Krankheitsur-
sachen, der Gesundheitsvorsor-
ge und der Krankheitsfrüh-
erkennung wachsende Bedeu-
tung beimessen. Dabei müssen
alle Maßnahmen ineinandergrei-
fen und die starre Trennung des
Gesundheitswesens in öffentli-
chen Gesundheitsdienst, ambu-
lante ärztliche Versorgung und
Behandlung im Krankenhaus
zugunsten einer sinnvollen Zu-
sammenarbeit überwunden
werden.

Das schon jetzt vorbildli-
che hessische Vorsorgepro-
gramm muß fortgeführt und
auf weitere Krankheitsbereiche
wie Herz- und Kreislauferkran-
kungen ausgedehnt werden.

Im Krankenhauswesen
hat Hessen hinsichtlich des Aus-
baus und der Reform der inne-
ren Strukturen deutliche Akzen-
te gesetzt. Die Hessenklinik ist
ein allgemein anerkannter Be-
griff für ein modernes, allen

Bürgern unter gleichen Voraussetzungen zur Verfügung stehendes Krankenhaus. Diese Reform muß unter Einbeziehung der Mitbestimmung für das Krankenhauspersonal weiterentwickelt werden. Wir werden die qualifizierte Aus- und Weiterbildung des Pflegepersonals mit dem Ziel einer einheitlichen Ausbildung öffentlicher Kontrolle intensivieren und die leistungsgerechte Bezahlung aller im Krankenhaus Tätigen anstreben.

Die Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes gehört zu den Schwerpunktaufgaben der kommenden vier Jahre. Seine Leistungsfähigkeit muß insbesondere durch eine verbesserte personelle und sachliche Ausstattung erhöht werden. Besondere Anstrengungen sind erforderlich, um die ärztliche Versorgung vor allem in den ländlichen Gebieten sicherzustellen. In den Gemeinden sind zentrale Dienste zu entwickeln, damit jeder Bürger unseres Landes die Chance auf persönliche Beratung und Hilfe hat. Für Behinderte, psychisch Kranke und Suchtgeschädigte müssen mehr als bisher alle Möglichkeiten der Hilfe ausgeschöpft werden.

Insbesondere ist der Ausbau stationärer und ambulanter psychiatrischer Einrichtungen an den großen Krankenhäusern zu verstärken.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Forschungen insbesondere auf dem Gebiet der Krebs-, Herz- und Kreislaufkrankungen intensiviert werden.

Die Vielzahl von Arzneimitteln ist selbst für den Mediziner nicht mehr überschaubar.

Das betrifft sowohl die Wirkungsweise wie den Preis. Die öffentliche Kontrolle des Arzneimittelsektors muß deshalb verstärkt werden. Arzneimittelwerbung darf nur noch Ärzten gegenüber zulässig sein.

Der begonnene Ausbau des Unfallhilfe- und -rettungsdienstes muß konsequent abgeschlossen werden.

Die Lebensbedingungen der älteren Menschen verbessern

Die Voraussetzungen für den heutigen Lebensstandard verdanken wir in erster Linie der Arbeit unserer älteren Mitbürger. Es ist daher ein Gebot der praktischen Solidarität, ihre Lebenssituation insgesamt zu verbessern. Wir müssen den Bürgern im höheren Alter helfen, möglichst lange ihre Selbständigkeit zu erhalten und ihnen ein Leben zu ermöglichen, das ihren eigenen Vorstellungen und begründeten Erwartungen entspricht. Dazu gehört auch, daß sie über einen angemessenen Anteil ihres Einkommens frei verfügen können, wenn sie in Altenheimen leben. Neben dem Bau von altengerechten Wohnungen, Altenheimen, Altenwohn- und Altenpflegeheimen sind vor allem Stätten der Begegnung für ältere Bürger einzurichten. Zugleich sind auf der Grundlage der Ergebnisse einer gezielt zu fördernden Altersforschung Vorbereitungsprogramme für altersgemäße Lebensformen, Aktivitäten und Freizeitgestaltungen zu entwickeln sowie Beratungs- und Therapieeinrichtungen zu schaffen. Gewerblich betriebene Altenheime sind genauer zu überwachen und neue nur dann zuzulassen, wenn sie verschärfte Voraussetzungen erfüllen. Die Bemühungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen auf diesem Gebiet werden auch künftig unterstützt.

Umwelt und Lebensqualität

Der Preis für wirtschaftliches Wachstum darf nicht in der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen bestehen. Für die Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden muß das Verursacherprinzip durchgesetzt werden. Schädigungen der Umwelt sind keine Kavaliersdelikte. Wir wollen, daß das wertvolle Gut Umwelt im Allgemeininteresse geschützt wird.

Unsere vordringlichen Ziele sind:

- die gefahrlose und geordnete Beseitigung der immer stärker anwachsenden Müll-Lawine. Dies gilt vor allem für den industriellen Sondermüll. Es muß verhindert werden, daß aus Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit oder Profitstreben gesetzliche Verpflichtungen zu einer ordnungsgemäßen Ablagerung oder Beseitigung nicht eingehalten werden,
- der Schutz der Gewässer vor weiteren Verunreinigungen und die langfristige Sicherung einer quantitativen und qualitativen einwandfreien Wasserversorgung von Bevölkerung und Wirtschaft,
- die Verringerung der Luftverschmutzung und Lärmbelästigung, insbesondere in dichtbesiedelten Gebieten. Der Aufbau eines Smogalarmsystems wird beschleunigt.

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Umweltschutz durch Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft muß anerkannt und gefördert werden. Wir treten dafür ein, daß Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sowie Grünzonen noch mehr als bisher

in die Landesentwicklungspolitik einbezogen werden. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die zunehmenden Belastungen des Naturhaushalts möglichst schadlos aufgefangen werden können.

Angesichts des nicht mehr überschaubaren Angebots an Lebensmitteln, Kosmetika, Wasch- und Pflanzenschutzmitteln mit zum Teil noch unbekannt Nebenwirkungen sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Verschärfung der Prüfungs- und Zulassungspflicht für gesundheits- und umweltschädigende Stoffe,
- effektivere Gestaltung des Verbraucherschutzes,
- Neuordnung des Lebens- und Arzneimittelrechts,
- Erhöhung der Transportsicherheit von Giftstoffen und
- Intensivierung der Forschung im Bereich des Umweltschutzes; die Ergebnisse der Forschung, die nicht allein der Privatwirtschaft überlassen werden dürfen, müssen allen zugänglich gemacht werden.

Angemessene Wohnraum- versorgung in Hessen

Eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum ist wesentliche Voraussetzung für mehr soziale Sicherheit. Der Wohnungsmarkt ist in Hessen insgesamt zwar rechnerisch nahezu ausgeglichen, es besteht jedoch nach wie vor ein Mangel an preisgünstigen Wohnungen. Deshalb behält die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auch künftig ihre große Bedeutung.

Die objektbezogene Förderung ist in steigendem Maße auf eine Förderung umzustellen, die die individuelle Leistungsfähigkeit der Mieter stärker berücksichtigt. Damit wird auch kinderreichen Familien, Behinderten und alten Menschen mehr als bisher eine angemessene Wohnung zu tragbaren Mieten garantiert.

Um den Bestand an preiswerten Wohnungen weiter zu erhöhen, wird die Modernisierung von Altbauten stärker gefördert als bisher.

Das soziale Mietrecht muß weiter verbessert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Schutz des Mieters vor willkürlichen Kündigungen und ungerechtfertigten Mieterhöhungen zum Dauerrecht wird.

Humaner Wohnungs- und Städtebau ist unter dem geltenden Bodenrecht kaum noch möglich. Wir werden deshalb zur Verbesserung des Bodenrechts auf eine schnelle Verabschiedung der Novelle zum Bundesbaugesetz drängen.

Freizeit ist mehr als freie Zeit

Uns Sozialdemokraten kommt es darauf an, daß die Bürger ihre Freizeit sinnvoll und ohne Langeweile nützen können. Jeder soll im Rahmen eines vielfältigen Freizeitangebots seine freie Zeit selbst gestalten können.

Menschenwürdige Städte und Wohnungen haben dem Rechnung zu tragen. Für unsere Jugendlichen, insbesondere in Ballungsräumen, wollen wir in verstärktem Maße Jugendfreizeitstätten schaffen.

Sport und Spiel beherrschen in der Freizeitgestaltung einen breiten Raum. Deshalb wird der Bau von Sport-, Spiel- und Erholungsanlagen zielstrebig fortgesetzt. Diese Anlagen werden familien- und freizeitgerecht geplant und stehen allen Schichten und Altersstufen offen.

Die hessischen Sportvereine und -verbände werden in ihren Bemühungen um die Förderung des Sports weiterhin nachhaltig unterstützt. Der Sport an Schulen und Hochschulen wird im Sinne der Leitsätze der SPD zur Sportförderung verbessert. Jungen Menschen ist auch der Leistungssport anzubieten.

Darüber hinaus soll der Sport auch für jene Menschen einen Beitrag leisten, denen er als Mittel der Therapie oder der Eingliederung als besondere Lebenshilfe dient.

Für die Freizeit hat das Bildungswesen insgesamt, besonders aber die Erwachsenenbildung, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Einführung des Bildungsurlaubs, der Ausbau

der Volkshochschulen und die Einrichtung weiterer Gemeinschaftshäuser sind beispielhafte Maßnahmen, die durch das Angebot der Gewerkschaften und freier Träger ergänzt werden.

Die Erholungsfunktion der Landschaft muß gesichert und wiederhergestellt werden. Wirtschaftliche Gesichtspunkte haben dabei zurückzustehen. Fluß- und Seeufer, die landschaftlichen Schönheiten müssen allen Bürgern zugänglich sein.

Die kulturellen Einrichtungen werden mit dem Ziel gefördert, sie möglichst vielen Bürgern zugänglich zu machen.

Durch einen Theaterverbund zwischen den Hessischen Staatstheatern und den Städtischen Theatern in Frankfurt und Gießen wollen wir das Theaterangebot größeren Bevölkerungskreisen als bisher zugänglich machen.

Die Rechte der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik

Der hohe Anteil von ausländischen Arbeitnehmern vor allem in den Ballungsgebieten ist eines der großen ungelösten Probleme der Bundesrepublik. Wir müssen davon ausgehen, daß in bestimmten Dienstleistungs- und Produktionsbereichen auch künftig eine große Zahl von ausländischen Arbeitnehmern beschäftigt und damit für eine längere Zeit in unserem Lande bleiben wird.

Es ist daher unsere Aufgabe, ihnen ein menschenwürdiges Leben zu sichern und die Eingliederung in unsere Arbeitswelt und Gesellschaft zu erleichtern. Um die dadurch entstehenden finanziellen Anforderungen erfüllen zu können, ist ein angemessener Beitrag der Unternehmer zur Deckung der Integrationskosten und ein entsprechender Finanzausgleich für jene Gemeinden notwendig, die einen hohen Anteil an ausländischen Arbeitnehmern haben.

In Zukunft darf die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nicht mehr allein aus arbeitspolitischen Erwägungen erfolgen, sondern ist an den Möglichkeiten der Eingliederung und der Aufnahmekapazität der sozialen Infrastruktur zu messen. Die illegale Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern werden wir unterbinden.

Rechtspflege und Schutz der Bürger in Hessen

Die Rechtspflege kann ihre Aufgabe – Wahrung des Rechtsfriedens, Hilfe für den Rechtsuchenden und Schutz gegenüber Dritten und dem Staat – nur wahrnehmen, wenn die personelle Ausstattung der Gerichte verbessert, die Gerichtsorganisation wirksamer und das Gerichtsverfahren so gestrafft und beschleunigt wird, daß sie nicht nur ein gerechtes, sondern auch ein baldiges Urteil verbürgt. Hinzukommen muß, daß Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger nicht nur über das nötige juristische Rüstzeug verfügen, sondern daß sie auch in der Lage sind, die gesellschaftlichen Ursachen und Bedingungen der ihnen vorgelegten Konflikte zu erkennen.

Im Jahre 1973 sank in Hessen die Gesamtzahl aller kriminellen Delikte. Zugleich stieg die polizeiliche Aufklärungsquote. Die hessische Polizei hat damit bewiesen, daß sie den Bürger wirksam schützen kann, daß sie durch Aufklärung und Abwehr von Gefahren die Sicherheit in unserem Lande erhöht.

Wir werden unsere Bemühungen um eine noch größere Leistungsfähigkeit der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden in den nächsten Jahren fortsetzen.

Besonderes Schwergewicht wird der Bekämpfung der Wirtschafts- und Umweltkriminalität zukommen, die Schäden in Milliardenhöhe verursachen.

Mehr Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen

Die Demokratie ist nach sozialdemokratischem Verständnis nicht auf den staatlichen und öffentlichen Bereich beschränkt, sondern muß tragendes Prinzip unserer Gesellschaft werden. Im staatlichen Bereich werden wir unsere Politik der Information und Transparenz fortsetzen, um durch frühzeitige Offenlegung der Entscheidungsgrundlagen eine sachgerechte Urteilsbildung zu ermöglichen. Wir sehen in diesem offenen Regierungsstil den notwendigen Ausdruck unserer Achtung vor dem mündigen Bürger.

Verwirklichung der Demokratie als Lebensform und Gestaltung unseres Gemeinwesens nach dem Auftrag der Verfassung bedeuten für uns

- Sicherung der Informations- und Meinungsfreiheit durch ein modernes Presserecht, das die Meinungsvielfalt garantiert, weitere Konzentration verhindert und die Wettbewerbsfähigkeit der Presse gewährleistet,
- Sicherung der Rundfunkfreiheit und des öffentlich-rechtlichen Status des Hessischen Rundfunks,
- Einführung der paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen und in kommunalen Betrieben und Gesellschaften sowie die Einführung von regionalen Wirtschafts- und Sozialräten sowie eines Landwirtschafts- und Sozialrates,
- Einrichtung von Mieterbeiräten in den Wohnungsgesellschaften,

- Verbesserung der Mitbestimmungsmodelle an Schulen und Hochschulen,
- Verwirklichung eines Mitspracherechts der betroffenen Bürger und Mitarbeiter in öffentlichen und privaten Einrichtungen wie Altenheimen, Jugendheimen und Krankenhäusern.

Mehr Demokratie bedeutet aber auch mehr Steuergerechtigkeit und Abbau nicht gerechtfertigter Vorteile einzelner Gruppen. Wir werden uns weiterhin für eine soziale Steuergesetzgebung einsetzen, die große Einkommen und Vermögen stärker als bisher zu den Ausgaben der Allgemeinheit heranzieht.

Fortschritt und Sicherheit wird es in unserem Land dauerhaft nur geben, wenn Freiheit und Demokratie in sozialer Verantwortung die gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmen.

1974

Herausgeber:
SPD Hessen, Frankfurt am Main,
Fischerfeldstraße 7/11

Verantwortlich:
Wolfgang Reuter

Gestaltung:
ARE, Düsseldorf

Druck:
Union-Druckerei, Frankfurt am Main

Bibliothek der FES



1073843

